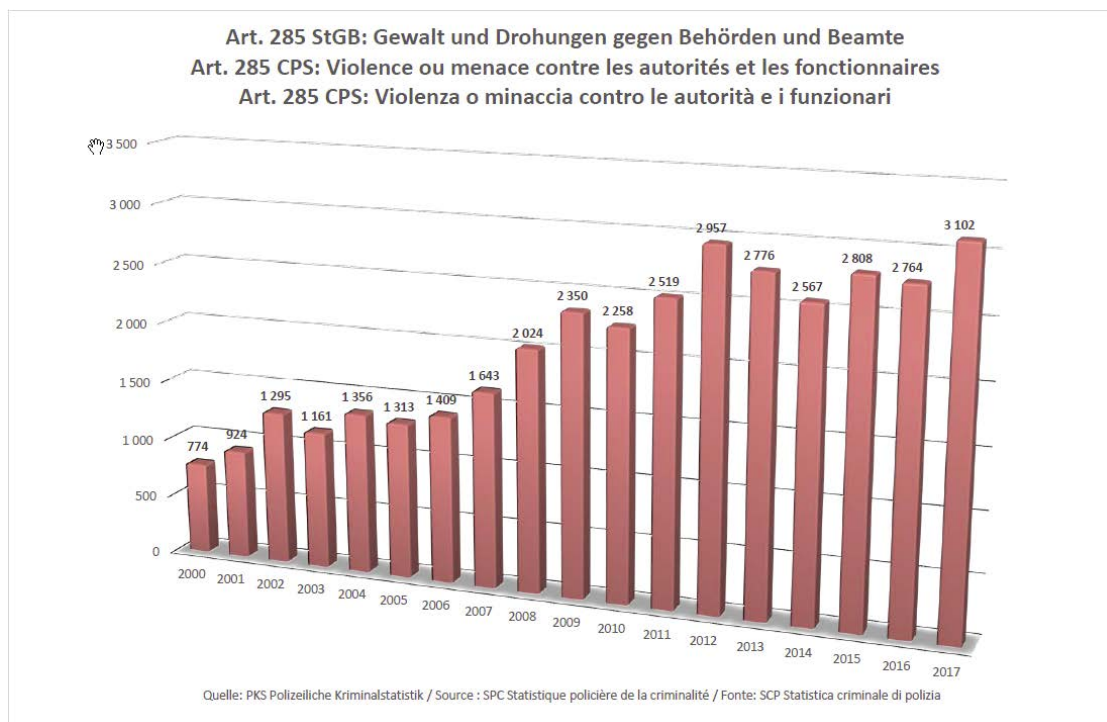




Stellungnahme zur polizeilichen Kriminalstatistik 2017

Luzern, 5. April 2018

Sind verletzte Polizisten egal?



VSPB – Am 26. März wurde die polizeiliche Kriminalstatistik 2017 vorgestellt. Es wurde überall freudig verkündet, dass die Zahl der Straftaten in der Schweiz im letzten Jahr um 6,1 Prozent gesunken ist. Damit wurde erneut der tiefste Wert seit der Revision der Statistik im Jahr 2009 erreicht. „Dass wir bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte zum ersten Mal über 3'000 Straftaten verzeichnen, scheint nicht zu interessieren“, ist VSPB-Generalsekretär Max Hofmann schockiert und fragt: „Müssen zuerst ein Kollege oder eine Kollegin sterben, damit endlich was geschieht?“

Die Schweiz ist ein sicheres Land. Gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik waren 2017 die Straftaten rückläufig. Nicht so bei Artikel 285 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB). Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte haben um über 12% auf 3'102 Straftaten zugenommen. Dies entspricht mehr als acht Straftaten pro Tag. „Ach Mal pro Tag wird der Staat angegriffen und nichts passiert!“, betont Max Hofmann, Generalsekretär des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB und wirft dem Bundesrat eine fahrlässige Handhabung der Vorlagen zu den Vernehmlassung in Sachen Harmonisierung und Erhöhung der Strafen im Strafgesetzbuch vor: „Es kann doch nicht sein, dass man fast 10 Jahren warten muss, um zu verstehen, dass etwas nicht funktioniert und auch, dass unser Strafgesetzbuch nicht mehr Zeitgemäss ist.“



Parlamentarischer Druck ist spürbar

„Wir hoffen wirklich, dass das Parlament den Druck jetzt kontinuierlich erhöht und endlich handelt“, sagt Max Hofmann mit Blick auf den wegweisenden Entscheid der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates im Februar. „Die grosse Mehrheit der Kommissionsmitglieder haben drei wegweisende Vorstösse klar unterstützt, die härtere Strafen bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten verlangen.“ Mit 20 zu 5 Stimmen hat sie den beiden gleichlautenden parlamentarischen Initiativen der Nationalräte Marco Romano (CVP) und Bernhard Guhl (BDP) Folge gegeben. Zudem wurde auch der Standesinitiative vom Kanton Bern, mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, Folge gegeben. „Diese deutliche Entscheidung der Kommissionsmitglieder ist endlich ein Zeichen dafür, dass es dem Parlament ernst ist die zu schützen, die täglich für die Sicherheit der Bürger sorgen“, erklärt der VSPB-Generalsekretär und betont: „Diese Unterstützung erwarten wir auch von der Schwesterkommission im Ständerat und später bei der Behandlung in den Räten.“

Für weitere Informationen:

- Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64